

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Rentenreform endlich anstoßen - Einzahlung der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung statt in das Versorgungswerk**

Nordrhein-Westfalen hat mit dem Beginn der 14. Wahlperiode für seine Abgeordneten einen Systemwechsel in der Versorgung vollzogen. Statt eines vormals staatlich finanzierten Versorgungssystems ohne eigene Beitragsleistung der Abgeordneten zahlten diese nun für ihre Altersversorgung selbst Beiträge in ein eigens dafür gegründetes Versorgungswerk ein. Mit Beginn der 6. Wahlperiode des Landtages Brandenburg sind auch dessen Abgeordnete Mitglieder des Versorgungswerks. Ab dem 1. Dezember 2019 wurde das Versorgungswerk durch den Landtag von Baden-Württemberg erweitert. Seither trägt es den Namen „Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg“. Für die Abgeordneten besteht also ein besonderes System der Altersvorsorge.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag bis zur nächsten Plenarsitzung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die juristische Grundlage dafür schafft, dass neue Mitglieder des Landtages Brandenburg zukünftig zur Altersvorsorge nicht mehr in das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg, sondern stattdessen unter gleichen Konditionen wie andere Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.
2. dem Landtag bis zur Mitte des nächsten Jahres einen Gesetzentwurf im Sinne des ersten Forderungspunktes dieses Antrages vorzulegen, der die juristische Grundlage schafft, die bisherigen Zahlungen zur Altersvorsorge von Mitgliedern des Landtages Brandenburg an das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg in Ansprüche bei der gesetzlichen Rentenversicherung zu überführen.

Die Landtagspräsidentin wird ermächtigt und aufgefordert, mit den Landtagen von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in Verbindung zu treten und alle für die Umsetzung der Forderungen dieses Antrages notwendigen Schritte zu unternehmen.

Begründung:

Die gesetzliche Rentenversicherung ist das größte Sozialversicherungssystem unseres Staates. 2018 gehörten ihm auf der Aktivseite 55 Millionen Menschen an. Auf der Passivseite, als Leistungsempfänger, standen ihnen 21 Millionen Rentner gegenüber, von denen 4,1 Millionen mehrfache staatliche Renten bezogen. Es gab daher 25 Millionen Rentenleistungsfälle. Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Altersrentnern betrug 1962 6 zu 1, 1992 2,7 zu 1 und 2017 2,1 zu 1. Die Zahl der Leistungsfälle betrug 1990 15 Millionen und ist seither Jahr für Jahr, insgesamt in dieser Zeit um 60 Prozent, angestiegen bis auf das heutige Niveau – und dies bei einer ungefähr gleich großen Gesamtbevölkerung. Zudem hat sich die durchschnittliche Dauer der Rentenleistungszeit über die Jahrzehnte stetig erhöht, insbesondere deswegen, weil sich die durchschnittliche Lebenszeit der Rentner beiderlei Geschlechts stetig erhöht hat. Sie stieg von rund 70 Jahren in den 1960er Jahren auf heute rund 80 Jahre an. Demgegenüber hat sich das faktische Renteneintrittsalter seit den 1960er Jahren lediglich von rund 60 auf 64 Jahre erhöht. Beides zusammengenommen führt zu einer Verlängerung der Rentenleistungsdauer von zehn Jahren im Jahr 1966 auf 20 Jahre im Jahr 2018, sonach zu einer Verdopplung. Handelt die Politik nicht und setzt nicht zu einer tiefgreifenden Renten- und Sozialreform an, werden zukünftige Renten immer unbezahlbarer. Über die genaue Ausgestaltung einer Rentenreform existieren die verschiedensten Ansätze. Aufgrund des Zeitdrucks sollte jedoch dringend ein Signal an die Bürger gesandt werden in Form eines ersten gemeinsamen Schrittes zu einer großen Rentenreform, auf den sich die Politik einigen kann. Eine Möglichkeit für einen solchen Schritt bietet sich beim Thema Einzahlung der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung, da diese Forderung schon aus den verschiedensten politischen Lagern und relevanten Parteien erhoben wurde.<sup>1</sup> Dietmar Bartsch (Die Linke) stellte diese Forderung für die Bundesebene schon vor mehreren Jahren,<sup>2</sup> genauso wie die AfD in ihrem Sozialprogramm.<sup>3</sup> Im vergangenen Sommer äußerten im Kontext der anstehenden Bundestagswahl schließlich Bundestagsabgeordnete aus allen Fraktionen der Altparteien denselben Wunsch.<sup>4</sup> Auch der Sozialverband VdK begrüßte diesen Vorstoß.<sup>5</sup>

Abgesehen davon, dass die Regelungen für die Abgeordneten zur Altersvorsorge einen der wenigen Bereiche beim Thema Rente darstellen, bei dem das Land Brandenburg selbstständig handeln könnte, eignet sich die Einzahlung von Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung auch inhaltlich bestens als erster Aufhänger für eine Rentenreform. Arbeitnehmern, die 45 Jahre und länger für eine Altersversorgung arbeiten müssen, ist es nicht vermittelbar, dass Politiker bereits nach wenigen Jahren hohe Ansprüche bei der Altersversorgung sammeln. Das ist vor allem kritisch, weil die Nutznießer dieser Gesetze selbst darüber bestimmt haben. Dies macht einen stark bürgerfernen Eindruck und kann einem guten Verhältnis zwischen Bürgern und Politik nur abträglich sein.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/altersvorsorge-spd-fordert-dass-volksvertreter-in-die-gesetzliche-rente-wechseln-sollen/25509724.html?ticket=ST-2791532-hNFwn5zAGDxxjsZYTJxL-cas01.example.org> (06.02.2020), abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.theeuropean.de/dietmar-bartsch/eine-fur-alle-auch-abgeordnete-mussen-in-die-rente-einzahlen/> (23.08.2019), abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.afd.de/sozialkonzept/>, abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/rente-abgeordnete-reform-100.html> (03.07.2021), abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.eu-schwerbehinderung.eu/index.php/rente/7721-vdk-praesidentin-alle-abgeordneten-sollten-in-die-gesetzliche-rentenversicherung-einzahlen> (07.07.2021), abgerufen am: 20.10.2021.

Wenn Politiker jedoch, wie andere Arbeitnehmer auch, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, könnte dies der Politikverdrossenheit entgegenwirken, da die Ruhestandsregelung der Politiker ebenfalls für die Mehrheit der Erwerbstätigen gelten würde.

Andere Staaten zeigen, dass eine die Kluft zwischen Bürgern und Politikern unnötig vergrößernde Sonderruhestandsregelung nicht notwendig ist. So schrieb z.B. das *Handelsblatt* Anfang letzten Jahres: „Griechenland, die Niederlande, Portugal, Spanien oder auch die Schweiz haben ebenfalls für ihre Abgeordneten keine besonderen Versorgungssysteme eingerichtet, sondern sie in das allgemeine Versorgungssystem bzw. das für den öffentlichen Dienst integriert.“<sup>6</sup> Insbesondere die Schweiz ist mit ihrem höheren Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen<sup>7</sup> (vor allem ins Parlament) ein Positivbeispiel.

Während der Coronapandemie kam es in Deutschland zu Vorkommnissen, die dem Vertrauen der Bürger in die Politiker und die Institutionen einen Bärendienst erwiesen. Allen voran ist hier die im Raum stehende Korruption mancher Politiker bei Geschäften mit medizinischen Masken zu nennen.<sup>8</sup> Auch das erneute Anwachsen des Bundestages, der mittlerweile das größte demokratische Parlament weltweit darstellt,<sup>9</sup> und die damit verbundenen hohen Kosten, gegen die sich auch der Bund der Steuerzahler stellt,<sup>10</sup> dürften ihren Teil zur weiteren Politikverdrossenheit beitragen. Es ist also höchste Zeit für ein symbolkräftiges Signal an die Bürger, das den Status und den Auftrag der Politiker als Volksvertreter unterstreicht. Das Land Brandenburg sollte hier zumindest in seinem Wirkungsbereich tätig werden und mit gutem Beispiel vorangehen.

---

<sup>6</sup> <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-abgeordnete-gehoren-in-die-gesetzliche-rentenversicherung/25512404.html?ticket=ST-5968655-3V3XANUemRldcelfgJ9F-cas01.example.org> (05.02.2020), abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>7</sup> Vgl. <https://www.defacto.expert/2018/05/28/vertrauen-regierung-parlament/> (28.05.2018); <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/814334/umfrage/vertrauen-in-die-institutionen-in-deutschland/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1140044/umfrage/vertrauen-in-oeffentliche-institutionen-in-der-schweiz/>; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1203439/umfrage/umfrage-zum-vertrauen-in-die-politischen-institutionen-in-der-schweiz/>, abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.merkur.de/politik/masken-affaere-nuesslein-cdu-csu-korruption-ruecktritt-lobbyismus-or-90241865.html> (18.03.2021), abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>9</sup> Vgl. [https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/btw21-frag-mayer-das-groesste-parlament-der-welt-warum-sich-der-bundestag-immer-weiter-aufblaecht\\_id\\_13492686.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/btw21-frag-mayer-das-groesste-parlament-der-welt-warum-sich-der-bundestag-immer-weiter-aufblaecht_id_13492686.html) (14.07.2021), abgerufen am: 20.10.2021.

<sup>10</sup> Vgl. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/xxl-bundestag-protest-steuerzahlerbund-100.html> (26.10.2021), abgerufen am: 20.10.2021.